

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 176 (2010)

Heft: 10

Artikel: Sicherheitspolitik in der Sackgasse?

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-131236>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik in der Sackgasse?

Der Unmut wächst. Was mit dem neuen Sicherheitspolitischen Bericht gut aufgegleist schien, droht am Finanzdiktat und am mangelnden sicherheitspolitischen Konsens zu scheitern.

Im Jahre 2004 startete die Armee XXI nach einer Reform, wie sie die Schweizer Armee noch nie erlebt hat. Heute muss man feststellen, dass das Modell XXI keine Chance auf Erfolg hatte. Kaum nahm es Fahrt auf, kürzten ihm die vom Bundesrat vorgelegten und vom Parlament verabschiedeten Entlastungsprogramme die Mittel und brachten zusammen mit dem Personalabbau wesentliche Elemente, wie die Logistik, zum Absturz. Die seit zwei Jahren bekannte Mängelliste spricht Bände.

Überraschender Entwicklungsschritt 08/11

Nur 17 Monate später, im Mai 2005, entschied sich der Bundesrat für den Entwicklungsschritt 08/11. Damals forderte die SOG einen systematischen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess, der die nötigen Beurteilungskriterien liefern sollte. Das heisst eine Bedrohungsanalyse, aufgrund derer die sicherheits- und staatspolitischen Konsequenzen zu ziehen und die Aufträge an die sicherheitspolitischen Instrumente zu erteilen sind. Diese seien derart zu konfigurieren und zu dotieren, dass sie ihre Leistungen den erteilten Aufträgen gemäss erfüllen können.

Die erste Etappe wäre eigentlich mit dem Sicherheitspolitischen Bericht vom 23. Juni 2010 vollzogen worden. Er schreibt einige Eckwerte wie bewaffnete Neutralität, allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem fest. In anderen Bereichen atmet er stark den Geist des Kompromisses und provoziert damit Kritik von links und rechts. Die Uneinigkeit über die zu wählende Strategie belastet die Sicherheitspolitik. Gesucht ist weiterhin die mehrheitsfähige Mischung zwischen Autonomie und Kooperation. Wieder ist es vor allem die Armee, die unter diesem Zustand leidet.

Diktat der Finanzen

Leider torpedierte der Bundesrat mit seinem Entscheid vom 26. November 2008, wonach die Armee aus finanziellen Gründen um ein Viertel zu verkleinern sei, den logischen Ablauf. Es steht nicht mehr

der Leistungsauftrag am Anfang des Prozesses, vielmehr wird dieser den verfügbaren Mitteln angepasst, unabhängig von den skizzierten Bedrohungen, Risiken und Gefahren.

Das vorläufige Ende des TTE

Im Sommer wagte man noch zu hoffen, der Armeebereich, dessen Schicksal im Moment, da diese Zeilen in Druck gehen, unbekannt ist, werde die Armeediskussionen wieder in systematischere Bahnen lenken. Doch am 25. August 2010 enttäuschte der Bundesrat einmal mehr jeglichen Optimismus. Ungeachtet dessen, was er im Sicherheitspolitischen Bericht zur Luftlage bemerkte, verschob er den Entscheid zum Tiger Teilersatz (TTE) aufs Jahr 2015, was dem Sankt Nimmerleinstag gleichkommt. Denn niemand glaubt wohl ernsthaft, die Finanzlage des Bundes werde in fünf Jahren so rosig sein, dass die nötigen Mittel dann bereitstehen. Ins Fäustchen lacht sich die GSoA mit ihrer Moratoriumsinitiative, die Geprellte ist einmal mehr die Armee.

Die Armee als Spielball der Politik

Applaus erntete der Bundesrat für sein Vorgehen wenig, sieht man von den Armeeschaffern ab. Leider nutzten die bürgerlichen Parteien den schwachen Entscheid primär dazu, den Wahlkampf zu üben. Die eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2011 werfen ihre Schatten voraus. Ob dabei jemand unter den Politikerinnen und Politikern an die Tausenden von Armeeangehörigen denkt, die ihren Dienst unter zum Teil erschwerten Bedingungen (mangelndes oder defektes Material) leisten? Oder an die Kader, die sich weiterbilden im Wissen, eine sinnvolle Aufgabe zugunsten der Gemeinschaft zu erfüllen?

Der Auftrag der Milizorganisationen

Die SOG und die andern militärischen Milizorganisationen dürfen trotz dieser desolaten Lage nicht resignieren, wenn auch

ihre Loyalität gegenüber Bundesrat und Armeeführung gelegentlich arg strapaziert wird. Sie stehen in der Verantwortung ihrer Mitglieder und letztlich aller Militärdienstleistenden.

Die SOG setzt sich für eine glaubwürdige, zukunftsgerichtete Milizarmee ein. Der Rahmen, den der Armeebereich vorgibt, taugt als Grundlage für die Weiterentwicklung der Armee. Vorstellungen über die Armeeorganisation, die Dienstpflicht und das Dienstleistungsmodell, die Ausbildung und den Einsatz sind bei der SOG vorhanden. Sie wird sich in die Konzeptionsarbeit einbringen.

Eine Volksinitiative zugunsten der Armee

Immer lauter ertönt der Ruf nach mehr Geld für die Armee. Aber für welche Armee? Wird die anstehende politische Behandlung des Armeebereichs eine überzeugende Antwort liefern? Wird es gelingen, die Diskussion von der Armeegrösse wegzuführen zur Frage nach dem, was eine moderne Armee effektiv können muss, welche Leistungen sie zu erbringen hat? Für diese Vorgaben gilt der Primat der Politik. Sie muss die Verantwortung übernehmen, Partikularinteressen und Parteienkalkül ausblenden und unheilige Allianzen vermeiden.

Das Volk hat in den letzten Jahren alle armeefeindlichen Initiativen abgelehnt. Seit 2003, seit der mit Überzeugung gewonnenen Referendumsabstimmung über die Revision des Militärgesetzes, hatte es keine Gelegenheit mehr, über eine konstruktive Armeevorlage zu befinden. Der Ruf nach einer Initiative zugunsten der Armee ist legitim. Welche Frage soll eine Initiative dem Volk jedoch stellen? Der Artikel 58 der Bundesverfassung enthält die drei Armeeaufträge. Weitere Details gehören nicht auf die Verfassungsstufe.

Die Armee muss und wird aus dem derzeitigen negativen Umfeld herausfinden. Die Suche nach geeigneten Wegen ist Aufgabe der Milizorganisationen, gemeinsam mit jenen politischen Kreisen, die den Ernst der Lage erkannt haben. ■